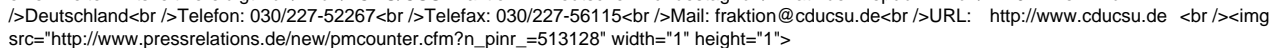




## Gemeinsam mit Obama die transatlantische Partnerschaft vertiefen

Gemeinsam mit Obama die transatlantische Partnerschaft vertiefen  
Obama wurde für weitere vier Jahre gewählt  
Barack Obama ist erneut zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt worden. Dazu erklären der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Philipp Mißfelder, und der Berichterstatter für transatlantische Beziehungen, Peter Beyer: "Barack Obama ist für weitere vier Jahre zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt worden. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion gratuliert dem Präsidenten zum Wahlerfolg und wünscht ihm viel Erfolg bei der künftigen Gestaltung des Landes. Die transatlantische Partnerschaft ist ein Grundpfeiler der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Amerika teilt mit Deutschland und Europa die gleichen Werte. Zusammen treten wir für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte in der Welt ein. Gemeinsam mit Barack Obama werden wir die transatlantische Partnerschaft vertiefen. Angesichts der veränderten globalen Machtverhältnisse sind enge und gute transatlantische Beziehungen wichtiger denn je, auch im wirtschaftlichen Bereich. Deutschland ist der wichtigste Handelspartner der USA in Europa. Beiderseits des Atlantiks profitieren unsere Länder vom regen Austausch von Waren, Dienstleistungen und Innovationen. Auf internationaler Ebene treten wir für einen freien Welthandel ein, um Wohlstand und Wirtschaftswachstum für die kommenden Generationen zu sichern. Das Zentrum unserer sicherheitspolitischen Kooperation bleibt die NATO als das weltweit stärkste Verteidigungsbündnis demokratischer Staaten. Die europäischen Verbündeten müssen jedoch einen stärkeren Beitrag für die Zukunft des atlantischen Bündnisses leisten. Darauf hat auch Präsident Obama zu Recht hingewiesen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird diese Diskussion konstruktiv begleiten." Hintergrund: Bei den US-Präsidentenwahlen am 6. November 2012 ist Barack Obama erneut zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt worden. Er wird am 20. Januar 2013 in Washington für eine zweite Amtszeit vereidigt.  
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: 030/227-52267  
Telefax: 030/227-56115  
Mail: fraktion@cducsu.de  
URL: <http://www.cducsu.de>  


### Pressekontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

cducsu.de  
fraktion@cducsu.de

### Firmenkontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

cducsu.de  
fraktion@cducsu.de

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Volkspartei der Mitte. Wir wenden uns an Menschen aus allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Grundlage unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind daraus abgeleitet. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Die CDU Deutschlands steht für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für die Soziale und Ökologische Marktwirtschaft, die Einbindung Deutschlands in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas. Ein menschlicher, an christlichen Werten ausgerichteter Kurs: Das sind Kompaß und Richtmaß unserer Politik. Auf dieser Grundlage treten wir an, unser Gemeinwesen in der sich verändernden Welt weiterzuentwickeln. Wir werden diesen Weg mit Mut und Tatkraft gehen, um unseren Kindern und Enkeln für ihre Zukunft im 21. Jahrhundert alle Chancen zu geben. CSU Wurzeln und Auftrag der CSU-Landesgruppe sind eng verknüpft mit der deutschen und bayerischen Parteiengeschichte. Die CSU-Landesgruppe ist als Zusammenschluss der Abgeordneten der CSU im Deutschen Bundestag institutionelle Basis und Kraftzentrum des bundespolitischen Gestaltungsanspruchs, der sich zu keiner Zeit ausschließlich auf die Durchsetzung bayerischer Interessen im Bund bezog, sondern immer Politik für ganz Deutschland bedeutete. Von Anfang an haben daher Mitglieder der CSU-Landesgruppe in unionsgeführten Bundeskabinetten Regierungsverantwortung übernommen.